

"Es geht nur anders":

Eine andere Stadtentwicklung für Dortmund

Beitrag zum Dortmunder Perspektivenkongress am 17./ 18.06.05
von Wolf Stammnitz

Vorwort

Wo Politik wie Marketing betrieben wird und Marketing wie Feldzüge, gerät jede ungeschönte Beschreibung gesellschaftlicher und politischer Zustände von vorn herein in Verdacht ideologisch motivierter Miesmacherei, Netzbeschmutzung usw. Diesen Verdacht muß selbstverständlich der ganze Dortmunder Perspektivenkongress aushalten, der den Anlaß für diese Denk- und Streitschrift bot. Wer einschlägige Vorurteile gegen Alternativensucher, Weltverbesserer, Linke, die Partei oder Person des Autors im besonderen, weiter pflegen möchte, findet hier einiges Material dazu angehäuft. Wichtiger als falschem Lokalpatriotismus keine Angriffsfläche zu bieten war mir die alte Erfahrung, daß ohne schonungslose Bestandsaufnahme eine erfolgreiche Strategie der Veränderung nicht zu machen ist. Streit suche ich also damit wohl, aber mit Leuten, die diesen rücksichtslosen Ausgangspunkt mit mir teilen.

Stadtentwicklung ist ein mehrschichtiger Begriff. Sein Inhalt reicht vom planmäßigen Ausbau der städtischen Infrastruktur über die räumliche Ordnung von Nutzungen bis zu dem ganzen Politikkomplex, der darauf zielt, die Stadt für die Menschen zu einem lebenswerten Ort zu machen. Von diesem letzten, umfassenden Ansatz her konzentriert sich der Blick zunächst auf die Entwicklung der ökonomischen Basis des Gemeinwesens Stadt. Und daß darin das Verlangen der Menschen nach Arbeit, im Sinn sowohl des Lebensunterhalts wie auch nützlicher Selbstbetätigung, im Mittelpunkt steht, unterstelle ich hier als unbestritten. Dies ist der Gegenstand, um den die folgenden Überlegungen kreisen: Die Sorge um genügend sinnvolle Arbeit in unserer Stadt. Wenn ich das in Ermangelung eines besseren Begriffs hier mit Stadtentwicklung bezeichne, umschlottert der Begriff den Gegenstand wie ein zu weiter Anzug. Zugleich betone ich damit, daß er nach meinem Verständnis viel mehr umfaßt als die übliche Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung oder Arbeitsmarktpolitik.

1. Die Aufgabe

Dortmund trägt, neben Duisburg, Gelsenkirchen und Herne, besonders schwer an seiner industriellen Vergangenheit. Die Wirkungsketten der De-industrialisierung, die so gern als "Strukturwandel" beschönigt wird, sind oft beschrieben worden. Der Abzug der Montankonzerne hinterließ Arbeitslosenzahlen auf westdeutschem Rekordniveau, die sich zu einem Sockel chronischer Unterbeschäftigung verfestigt haben und viele weitere Entwicklungshemmnisse nachschleppen. Seit 1980 liegt die Arbeitslosenquote in Dortmund aber auch ununterbrochen über dem Ruhrgebietsdurchschnitt. Während NRW ohne Ruhrgebiet in den letzten zwanzig Jahren einen Zuwachs an Beschäftigung um +12 % erlebte, ging sie im Ruhrgebiet um -12 %, in Dortmund aber um -16 % zurück. (Anmerkung: Sämtliche Zahlen in diesem Kapitel nach KVR-Strukturberichten 2002 und 2004 sowie Dortmunder Statistik)

Dem entsprechend liegen die verfügbaren Einkommen in Dortmund um ca. 2.000 Euro pro Kopf und Jahr unter dem Landesdurchschnitt und auch um 700 Euro unter dem übrigen Ruhrgebiet. Seit 1998 bleiben sie immer weiter hinter der Region zurück. Schockierend ist die – zwar viel beklagte, aber mit Hartz IV noch weiter verschärfte – Armutssituation von Kindern und Jugendlichen: War 2002 jede-r zehnte Ruhrgebietsbewohner-in unter 18 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen, so in Dortmund jede-r siebente, womit Dortmund im Ruhrgebiet seit Jahren einen traurigen, skandalösen Rekord hält !

Nicht nur die Wohnbevölkerung, auch die Dortmunder Unternehmen tragen schwer an den Folgen des industriellen Niedergangs. Seit 1985 weist die Dortmunder Wirtschaft hinter Duisburg die zweitniedrigsten Umsatzzuwächse im Ruhrgebiet aus (1986 – 99 real: Dortmund +12 %, Ruhrgebiet +52 %, NRW +90 %). Seit 1992 ist die Umsatzentwicklung hier wie in Duisburg sogar per saldo negativ, und zwar infolge des Verfalls der Inlandsumsätze, während die Exporte auch von Dortmunder Unternehmen noch zulegten, aber die Gesamtbilanz nicht ausgleichen konnten. Hier beißt sich die neoliberale Katze in den Schwanz: Die Umsatzeinbußen sind vor allem dem Kaufkraftmangel auf dem

Binnenmarkt geschuldet, von dem die Dortmunder Wirtschaft zu zwei Dritteln abhängt – je schwächer die regionale Binnennachfrage, umso restriktiver die Beschäftigungspolitik der Unternehmen – umso mehr schrumpfen wiederum Einkommen und Kaufkraft – eine Spirale nach unten, die die neoliberalen Rezepte unserer Stadtspitze nur noch beschleunigen (siehe unten).

Folge der schlechten Beschäftigungsaussichten und des niedrigen Einkommensniveaus ist, daß vor allem junge, gut qualifizierte Arbeitskräfte abwandern und die Bevölkerung in Dortmund schneller "altert" als im Landesdurchschnitt, aber auch im übrigen Ruhrgebiet: Im negativen Saldo der Geburten und Sterbefälle wird Dortmund im ganzen Ruhrgebiet nur von Essen übertroffen.

Der natürliche Bevölkerungsrückgang spiegelt sich wiederum in geringeren und schneller rückläufigen Schüler-innenzahlen. Das Ruhrgebiet verliert bis 2010 rund –11 % seines Schüler-innenbestandes (NRW –4 %), Dortmund –12 %. Dabei weist das Bildungswesen in Dortmund einige überproportionale Defizite auf. Während in Essen, Düsseldorf, aber auch Mülheim etwa jede-r dritte Schüler-in das Abitur schafft (2003), sind es in Dortmund nur 27 % (Duisburg: 24 %). Die Personalausstattung der Hochschulen liegt in Dortmund mit 41 bzw. 16 Studierenden je Lehrkraft (Fachhochschule bzw. Universität) weit hinter Bochum, Essen, Duisburg und der FHS Gelsenkirchen (14,8 !) zurück. Im Ruhrgebiet können 74 % der Erwerbstätigen eine betriebliche Ausbildung vorweisen, in Dortmund nur 70 % (2002). 12 % der Erwerbstätigen im Ruhrgebiet (NRW: 14 %) besitzen einen höheren Berufsbildungsabschluß (Meister, Techniker, Ingenieur, Hochschulabschluß), in Dortmund nur 10 %. Allerdings, während im übrigen Ruhrgebiet der Anteil der Fach-/Hochschulabsolventen an den Erwerbstätigen in den letzten Jahren wieder fiel, stieg er in Dortmund weiter leicht an. Die Bedingungen für eine Fortsetzung des Aufwärtstrends dürften sich aber auch hier in den nächsten Jahren verschlechtern: Stellenabbau an den Hochschulen, Studiengebühren.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit nahmen nur 7,3 % der Dortmunder Erwerbslosen an Weiterbildungsmaßnahmen teil – Ruhrgebiet: 7,8 % – NRW: 8,3 % – BRD/West: 9,3 % (Zahlen von Ende 2000). Auch bei den Qualifizierungsangeboten der VHS bildet Dortmund mit etwa der Hälfte der Kurse vergleichbarer Großstädte das Schlußlicht im Ruhrgebiet (neben Duisburg).

Die Aufgabe der Dortmunder Stadtentwicklung besteht also in einem Neustart von besonders niedrigem Niveau aus und unter besonders widrigen Voraussetzungen. Das würde jede Spekulation auf einen Spitzenplatz im "globalen Wettbewerb der Metropolregionen" als absurde, lächerliche, in den Folgen katastrophale Selbstüberschätzung abqualifizieren. Nicht so beim Dortmunder Bürgertum, das die entsprechende Propaganda begierig aufgesogen hat.

2. So geht es nicht: "Vision Dortmund"

In einer 36-seitigen Verlagsbeilage der WAZ und WR mit dem Titel "Region + Vision", erschienen im Mai 2005 drei Wochen vor der Landtagswahl in NRW, ist alles-alles versammelt, was Dortmunds Entscheidungsträger ihre Vision des Strukturwandels nennen, darunter:

3do, Phönix-See, Phönix-Park, Phönix-West, Dortmunder "U", WM 2006-Ausbau, die "Führungsstandorte" des Dortmund-project, Konzerthaus, Oper, Theater(-szene), Westfalenhalle, Zoo, Flughafen, B1-Untertunnelung, Industrie und Handwerk, City-Marketing, Universität, Polizei (!?)

Das "neue, schnelle" Dortmund präsentiert sich da als Disneyland der "Leuchttürme". Die Stadt als Mega-Event, als glitzernde Kulisse für den Kleinbürgertraum, auch mal ein ganz großes Rad zu drehen, und gegen seine Panik vor dem Absinken in die Bedeutungslosigkeit. Begleitet vom Wunschkonzert der Investoren-Funktionäre: Liberalisierung der Märkte ("Bürokratieabbau"), gleichzeitig mehr staatliche Hilfe im Wettbewerb, Senkung der Löhne ("Lohnnebenkosten"), Senkung der Steuern und Abgaben, mehr "Eigenverantwortung" (Studiengebühren) – kurz "mehr Mut bei Reformen!"

Das volle Ausmaß der elitären Hybris offenbart diese Vision, wenn man nach den Menschen forscht, die so einen Turmbau doch aufrichten und bevölkern müßten. Soweit überhaupt, kommen Menschen in der exklusiven Kulisse entweder als Unternehmer vor oder als Kunden, Besucher, Fahr- und Fluggäste, betuchte Neubürger, als kaufkräftige Nachfrage eben, eine gesichtslose Rechengröße. - - - Nein, doch nicht ganz, auch das Leuchtturmpersonal wird gefeiert: Politiker und Funktionäre, die

Minderheit der Hochqualifizierten, 8.500 im Technologiepark, 1.660 in der Mikrostrukturtechnik, 35.000 Studierende. Und immerhin 20.000 Logistiker. Halb verlegen wird noch behauptet, die Dortmunder Unternehmen seien sich "ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die jungen Menschen bewußt", haben sie doch sage und schreibe wieder 4.114 Ausbildungsverträge unterzeichnet – mindestens 1.500 zu wenig!

Das war's dann aber auch. Wo die Oberen Zehntausend sich selbst feiern und vier Fünftel der Bevölkerung einfach wegblenden, braucht ihre Vision auch keine lebenswerten Stadtquartiere (ihre Villenvororte sind kein öffentliches Thema), kein solidarisches Gesundheitswesen, kein zukunftsicherndes öffentliches Bildungswesen und schon gar keinen Masterplan Armutsbekämpfung. Sondern: Am Schluß versichert der "Kesselschmied von Dortmund", er habe auch künftig "alle bekannten und denkbaren Szenarien" im (Polizei-) Griff. Das ist beruhigend, denn am Ende muß die Vision doch wieder mit Menschen rechnen: Straßenräuber aus dem Osten, Hooligans bei der WM, protestierende Opfer des Strukturwandels im Rathaus...

Wenn man sämtliche Investitionshilfen aus öffentlichen Töpfen, die dieser Vision bis jetzt zugeflossen bzw. zugesprochen sind, soweit öffentlich bekannt, zusammenzählt, ergibt das eine Größenordnung um 1,5 Milliarden Euro, eher mehr als weniger. Damit konzentrieren sich über 90 % aller seit 1985 nach Dortmund geleiteten öffentlichen Investitionshilfen auf die oben genannten Leuchttürme. Laut WAZ/WR-Beilage wurden damit ca. 50.000 Arbeitsplätze gefördert, das wären knapp 18 % des heutigen Bestandes. Das bedeutet: Während die Sachinvestitionen für die Leuchtturm-Arbeitsplätze etwa zu einem Viertel aus öffentlichen Kassen subventioniert wurden, erhielten die "restlichen" 82 % der Arbeitsplätze am Ort nur 10 % der Strukturhilfen. Auf einen Arbeitsplatz in der Nordstadt kamen weniger als 1.000 Euro, die meisten Stadtteile gingen ganz leer aus. Ein Schelm, wer zwischen dieser extrem einseitigen Wirtschaftsförderung seit 1985 und der im Eingangskapitel beschriebenen Abwärtsspirale einen Zusammenhang vermutet !

3. So auch nicht: Stadtentwicklung à la Baron Münchhausen

Scheinbar wie der Ertrinkende nach jedem Strohalm griff 1999 Dortmunds neuer OB nach dem Angebot des Thyssen-Krupp-Konzerns, über die paar tausend Ersatzarbeitsplätze für die stillgelegten Hütten hinaus gleich ein ganzes rundes, von anerkannten Topleuten ausgerechnetes Stadtentwicklungskonzept frei Haus zu liefern. Kann ein erfahrener Laufbahnbeamter, auch wenn er vorher als Kulturdezernent und Kämmerer nie groß mit Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in Berührung gekommen war, kann eine ganze städtische Oberschicht um ihn herum so naiv sein, für bare Münze zu nehmen, was eine Unternehmensberatung für Rechnung eines am Niedergang der Region hauptschuldigen Konzerns da als wissenschaftlich fundiert und weltweit verifiziert vorgaukelte: 70.000 Arbeitsplätze, das entspricht einem Viertel des Bestandes, in zehn Jahren neu oben drauf? Umkehr des epochalen Einwohnerverlustes, an dem rundherum alle Großstädte leiden? Wertschöpfungs-, Einkommens- und Steuerzuwächse um "mindestens 50 %"? Und das alles nur durch energische Förderung dreier Leitbranchen, von denen es bis dahin in Dortmund nicht mehr als hoffnungsvolle Ansätze gab? Zwar ist dieser OB nicht der Typus, einem Weltkonzern die Einhaltung von Arbeitsplatzversprechen abzutrotzen, das entscheidende aber war: Das Konzept des "Dortmund-Project" galt und gilt landauf landab als der letzte Schrei der ganzen regionalplanerischen "Fachwelt". Sein jetzt im vierten Jahr aktenkundiges Scheitern trifft folglich eine ganze Denkrichtung. (Anmerkung: Siehe die Sachstands- und Jahresberichte des do.pro sowie unsere Stellungnahmen dazu; eine Halbzeitbilanz ist für Juni 2005 angekündigt.)

Ausgangspunkt des Konzeptes ist die richtige Überlegung, daß ein Teilraum eines hoch entwickelten Landes den vollen Umfang seiner Bedürfnisse nicht in lokaler / regionaler Eigenproduktion befriedigen kann, sondern auf den Austausch mit anderen Regionen und dem Weltmarkt angewiesen ist. Der erste kardinale Fehler des Dortmund-Project bestand aber darin, diesen richtigen Exportbasis-Ansatz zu verabsolutieren. Außer der Exportbasisförderung findet nichts anderes Platz in diesem Konzept, eine lokale / regionale Kreislaufwirtschaft kommt darin schlicht nicht vor bzw. wird nur als von der Exportbasis abhängig gedacht: Das Wachstum der "Führungsbranchen" "induziert" "Sekundäreffekte".

Zweitens. Es liegt auf der Hand, daß der Rückzug der Montanindustrien Dortmunds gesamte industrielle Basis stark in Mitleidenschaft zog und noch zieht und eine umfassende Verschiebung ("Strukturwandel") hin zum Dienstleistungssektor einleiten mußte. Aber nur wenige Dienstleistungsbranchen eignen sich als Exportbasis einer Region. Vom Exportbasis-Ansatz aus verfällt man quasi automatisch auf die Suche nach Ersatz-*Industrien* für die weggebrochenen. Nun bieten in Hochlohnländern wie dem unseren nur *Hitech*-Industrien noch Entwicklungspotentiale. Wie begrenzt deren Beschäftigungseffekte sind, und wie geradezu exotisch ihre Qualifikationsanforderungen in einer alten Montanregion wirken, dafür liefert in Dortmund die Mikrostrukturindustrie ein Paradebeispiel. Trotz außergewöhnlich hoher, konstanter Wachstumsraten um jährlich 15 % beschäftigt diese Branche nach fünf Jahren intensivster Förderung noch nicht mehr als 1.660 Menschen. Wenn sie noch fünf Jahre so weiter wächst, wird sie ihren ursprünglichen Umfang verdreifacht haben und dennoch den Arbeitsmarkt nicht nennenswert entlasten. Die Zahl der aus alten Industrien in die MST umgesetzten Arbeitskräfte dürfte ein paar Dutzend nicht übersteigen.

Das Dortmund-Project versuchte diese Schwierigkeit zu umgehen, indem es neben der MST zwei Branchen zu Leitbranchen der Exportbasis ausersah, die sozusagen Zwitter zwischen Industrie und unternehmensbezogener Dienstleistung sind: Informationstechnologie mit Schwerpunkt auf Softwareanwendungen und Logistik mit starker Verknüpfung zur Informationstechnologie ("e-logistics"). Beide eignen sich in der Tat hervorragend zur regionalen Exportbasis. Nur zeigt sich hier ein weiterer methodischer Webfehler des Do-Pro. Schon beim ersten Lesen der McKinsey-Studie weckte es Zweifel an deren Seriosität, daß der bis zum Jahr 2000 beobachtete spektakuläre Wachstumstrend der "New Economy" bedenkenlos in die Zukunft hochgerechnet wurde, was zu der phantastischen Prognose führte, diese Branche könne in Dortmund von damals 9.650 Beschäftigten in zehn Jahren auf fast das Vierfache anwachsen. Unternehmensabhängige Dienstleistungen sind aber generell extrem konjunkturanfällig, und gerade die ITK-Wirtschaft gehört zu den konjunkturanfälligsten Branchen überhaupt. Die McKinsey-Prognose kümmerte das nicht im geringsten.

Hinzu kommt, daß gerade die unternehmensbezogene Informatik eine Rationalisierungstechnik ist mit dem ausgesprochenen Zweck, Unternehmensabläufe zu "verschlanken", Arbeit einzusparen. Das drückt aber nicht nur bei ihren Auftraggebern, sondern natürlich in erster Linie ihre eigene Wachstumsrate nach unten (soweit Wachstum auf die Beschäftigung bezogen wird). Nur wer diese zwei Wesensmerkmale der IT-Wirtschaft ignorierte, muß sich jetzt wundern, warum die explosionsartigen Beschäftigungszuwächse dieser Branche sich genauso schnell wieder verflüchtigen, wie sie entstanden, und daß sie in Dortmund nach ersten statistischen Bereinigungen statt der erhofften Explosion seit vier Jahren auf der Stelle tritt.

So besteht vom ganzen Dortmund-Project allein die Logistik die kritische Prüfung sowohl als Exportbasis, als Wachstumspol wie auch als Reservoir für Ersatzarbeitsplätze. Allerdings kann sie allein nie und nimmer die weggebrochenen und noch wegbrechenden Arbeitsplätze in den Altindustrien aufwiegen. Bei gebotener kritischer Distanz zu McKinsey/Krupp-Thyssen hätte man darauf schon 1999 kommen und entsprechend umdenken müssen. Wir hatten schon im Jahr 2000 diese Kritik vorgebracht, OB Langemeyers Hofberichterstattung hat sie schon damals ignoriert.

Die dem Dortmund-Project zugrunde liegende Exportbasis-Theorie kann aber auch deshalb kein umfassendes, ausgewogenes Stadtentwicklungskonzept ersetzen, weil sie alle Energien bewußt auch räumlich auf wenige "Wachstumspole" konzentrieren muß, um ihr Ziel zu erreichen. In Dortmund hat die McKinsey-Studie die "Cluster" der Leitbranchen auf fünf "Führungsstandorte" festgelegt: Technologiepark, Phönix-West, Stadtkrone-Ost, Westfalenhütte und Hafen, die als Inseln der Prosperität aus dem Meer der Strukturprobleme herausragen. Ideologisch schließt sich so der Kreis zu den "Leuchttürmen". Die im multizentrischen Stadtentwicklungsmodell von 1972/75 beschworene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen wird faktisch aufgegeben zugunsten einer Hierarchisierung der Stadträume gemäß der neoliberalen Doktrin, "die Stärken zu stärken". Der Strukturbericht 2002 des KVR urteilt darüber so (S.42): "*Gerade eine Förderpolitik nach dem Prinzip "Stärken stärken" bedingt eine strukturelle Vernachlässigung eben der schwachen Bevölkerungsgruppen und Stadtteile.*"

4. Wie es anders geht: Stadtentwicklung von unten

Weder ein einzelner Autor noch die kleine Dortmunder PDS, auf deren politisches Konto seine Überlegungen gehen, kann heute ein umfassendes, rundum ausgereiftes Alternativkonzept zum neoliberalen Desasterkurs anbieten. Ich bin ohnehin überzeugt, daß ein solches Alternativkonzept auch alternativ zu den warenförmigen "Angeboten" konkurrierender Parteien entstehen muß, nämlich in demokratischen Konflikten und Kooperationen zwischen vielen, unabhängig ihre Ansprüche durchkämpfenden Teilen der Stadtgesellschaft.

Wir können aber schon einige Eckpunkte für ein alternatives Leitbild der Stadtentwicklung benennen, von denen aus heute schon dem zerstörerischen Eigennutz der Elite Initiativen von unten entgegenzusetzen sind:

- Die Stadt muß Gemeinwesen (Kommune) werden.

Für die Mehrzahl der Stadtbewohner ist es zum Nachteil, wenn die Stadt privates Eigentum der Besitzenden und deren Waffe im globalen Wirtschaftskrieg bleibt und immer mehr wird. Ein Gemeinwesen funktioniert nicht nach dem Prinzip "Jeder für sich und gegen jeden", das Funktionsprinzip des Gemeinwesens ist dem des "Wettbewerbsstaats" genau entgegengesetzt: Alle gemeinsam in Solidarität füreinander. Daraus folgt:

- Der Stadt geht es nur gut, wenn es allen ihren Bürgern gut geht.

Ein Gemeinwesen hat wesentlich andere Aufgaben als ein Wirtschaftsunternehmen. Während (bzw. solange) diese um höchste Renditen und Marktanteile konkurrieren, indem sie ihre Stärken stärken und Schwache aussondern, hat das solidarische Gemeinwesen Disparitäten auszugleichen, Privilegien und Benachteiligungen abzubauen, Chancengleichheit herzustellen. Eine Kommune, die sich als Förderer der Starken im Wettbewerb definiert, versäumt ihre eigentlichen Aufgaben und Chancen.

- Gerechte (Um-)Verteilung vor Wachstum.

Solange die wirtschaftliche Basis des Gemeinwesens expandierte, konnte man mithilfe realer Zuwächse und darauf gerichteter Politik Verteilungskonflikte vermeiden oder wenigstens dämpfen. Denn so lange kann jede-r am Mehrprodukt teilhaben: die Starken viel, die Schwachen auch ein wenig. Ob das gerecht ist oder Ausbeutung, die Frage stellt sich erst dringlich, wenn das Wachstum an Grenzen stößt. Jetzt stellt sie sich, denn die letzte lange Wachstumsperiode hierzulande ist vorbei, neues Wirtschaftswachstum nicht in Sicht.

- Unsere Stärke sind die Menschen. Und zwar alle.

Die De-industrialisierung hinterließ der Stadt nicht nur ein großes Potential an Brachflächen, sondern ein noch viel größeres an brachliegendem "Humankapital". Die Leuchttürme der Neoliberalen verstellen uns den Blick auf alles, was 50.000 Arbeitsuchende und nochmal so viele ausrangierte ältere Fachleute, 30.000 "ehrenamtlich" Tätige usw. in Dortmund sofort und mit relativ bescheidenen Mitteln aus dem Boden stampfen könnten. Die eigentliche, heute nötige und sofort mögliche Innovation besteht darin, der Politik "Beine" zu machen: daß sie diesen Menschen die Bedingungen schafft und die Mittel in die Hand gibt, die ihrer Schöpferkraft zur Entfaltung fehlen.

- Stärkung des Gemeineigentums statt Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.

Das riesige Leistungspotential dieser Menschen wird nicht primär über Exportbasis-Wachstumspole, sondern über lokale/regionale Wirtschaftskreisläufe zu erschließen sein, die nicht ausschließlich marktförmig, in kapitalistischen Unternehmensformen organisiert werden können, dürfen und müssen. Der Vielfalt der Kooperationsbeziehungen einer nachfrageorientierten Selbsthilfewirtschaft entsprechen vielfältige Eigentums- und Rechtsformen. Sie ersetzen nicht den kapitalistisch organisierten Sektor, aber in dialektischem Wechselverhältnis zwischen Innenentwicklung der Stadt und Austausch mit anderen Städten und Regionen, in einer auf Teilhabe aller, auf gemeinsamen Nutzen und sinnvolle Selbstverwirklichung gerichteten Stadtgesellschaft, müssen die vielfältigen Formen des Gemeineigentums Vorrang vor dem kapitalistischen Eigentum an Produktionsmitteln bekommen.

- Beschäftigungsförderung vor Wirtschaftsförderung.

Der kapitalistische Sektor kann "sich selbst" finanzieren (in Wahrheit natürlich durch Ausbeutung abhängiger Arbeit, aber das steht auf einem anderen Blatt), nur der Wettbewerb drängt Städte und Staaten zu Hilfen für die "eigenen" Kapitalisten – was konsequente Neoliberale übrigens zu Recht als systemwidrige Wettbewerbsverzerrung anprangern! – Selbsthilfe der Bürger hingegen braucht die notwendige Anschubfinanzierung vom Staat, der Kommune und öffentlichen Einrichtungen wie Arbeitslosenversicherung, Sparkasse, Stiftungen u.a. Das zu organisieren ist die ökonomische Hauptaufgabe des solidarischen Gemeinwesens Stadt. Hier muß und kann eine Strategie der Veränderung sofort ihre Hebel(chen) ansetzen.

Man könnte einwenden, solche Eckpunkte für ein Leitbild seien nicht konkret genug als Bausteine eines alternativen Stadtentwicklungskonzeptes. Der Einwand ist richtig, der Mangel liegt aber in der politischen Situation in Dortmund begründet.

Dazu ein kleiner Exkurs: Alle politischen Entscheidungsprozesse, auch solche die entgegengesetzt zur gängigen hoheitlich-hierarchischen Stadtplanung verlaufen, müssen verschiedene Aggregatzustände durchmachen und verschiedene Abstraktionsebenen miteinander verbinden. Auf der "untersten", konkretesten Ebene liegen politische Einzelentscheidungen über Maßnahmen vor Ort wie z.B. Zuschüsse für ein bestimmtes Beschäftigungsprojekt, die Gründung einer Beratungsstelle, die Privatisierung der Sparkasse, Einrichtung von 1-Euro-Jobs usw. Bürgerinitiativen, Parteien, Verbände und andere gesellschaftliche Akteure, die für oder gegen eine solche Maßnahme politisch agitieren, müssen ihre Argumente über materielle Einzelinteressen (z.B. die Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes) hinaus auf allgemein-gesellschaftliche Werte, Grundsätze und Leitbilder beziehen, die die Mehrheit, zumindest der Betroffenen, als verbindlich oder doch erstrebenswert anerkennt. Solche allgemein-gesellschaftlichen Grundsätze und Leitbilder liegen zwei oder mehrere Abstraktionsebenen "höher" als das materielle Einzelinteresse. Politische Argumentation *verbindet* in jedem Fall das konkrete Einzelinteresse mit abstrakten Allgemeininteressen. Zwischen diesen beiden Ebenen, sozusagen zwischen dem Eingangsgeschoß der Einzelmaßnahmen und dem Dach der Allgemeininteressen (Leitbild) erstreckt sich das komplexe, mehrgeschossige Gebäude der Stadtentwicklungspolitik.

In der Tat, über einen umfassenden und zusammenhängenden Plan für eine alternative Stadtentwicklung in Dortmund verfügt heute meines Wissens niemand. Der Autor maßt sich nicht an, ihn durch ein paar abstrakte Leitsätze ersetzen zu wollen, sondern stellt fest: Mehr als diese paar Eckpunkte für ein Leitbild haben wir heute noch nicht in der Hand. Mit ihnen läßt sich in vielen konkreten Einzelfällen schon ganz gut politisch argumentieren. Aber eine gravierende Schwäche aller gesellschaftlich "oppositionellen" Akteure in Dortmund ist, daß sie die jeweiligen Einzelinteressen noch kaum mit der Verständigung über ein gemeinsames alternatives Leitbild verbinden, geschweige denn als Bausteine eines gemeinsamen Stadtentwicklungsplans verstehen.

Vielleicht schafft und festigt ja dieser Perspektivenkongress Arbeitszusammenhänge zwischen Leuten, die an einem solchen alternativen Dortmunder Stadtentwicklungskonzept mitwirken (wollen)?